

P. Brief Nr. 10

dodis.ch/34240

Hans Wilhelm Gasser an Alfred Zehnder, 3. Mai 1956

6. BUNDESPARTEITAG DER CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS

Von 26. bis 29. April 1956 fand in Stuttgart der Bundesparteitag der CDU statt. Anstelle der erwarteten 1000 Personen nahmen etwa 2000 Personen als Delegierte, Vertreter der Presse oder Gäste teil. Diese Tatsache beleuchtet zur Genüge die Bedeutung, welche diesem Parteitag in der Bundesrepublik beigemessen wurde. Er bildet den eigentlichen Auftakt zur nächstjährigen Neuwahl des Bundestages.⁸⁷

Nationalrat Wick: Bei der offiziellen Eröffnung der Tagung sprachen zuerst die Vertreter der befreundeten ausländischen Parteien. Für die Katholischkonservative Volkspartei der Schweiz ergriff Nationalrat Dr. Wick⁸⁸ das Wort. Er befasste sich insbesondere mit der Kritik in der Schweiz,⁸⁹ welche die «Invasion Adenauers» hervorgerufen habe. Er beteuerte dem Bundeskanzler, dass derartige Stimmen nicht massgeblich seien für die schweizerische Öffentlichkeit und empfahl ihm angelegentlich Luzern oder die Innerschweiz als nächsten Ferienort.

Adenauer: Bundeskanzler Adenauer hielt das erste und bedeutendste Referat. Nach einem Rückblick über die letzten zehn Jahre versicherte er, dass dieselben Grundsätze, die bereits bei der Gründung der Partei vor zehn Jahren galten, die Politik der CDU weiterhin bestimmen würden. Insbesondere feierte er das Zusammenwirken von Vertretern beider Konfessionen. Als vordringliche Zukunftsaufgaben der CDU nannte er eine straffere Organisation, ein soziales Programm und die Hilfe für den Mittelstand und die geistigen Berufe. Der Bundeskanzler vertrat die

⁸⁷ «CDU hält an den Grundsätzen ihrer Politik fest» u. «Noch schwere Jahre liegen vor uns», in: Westfälische Nachrichten, Münster, 28./29.4.1956.

⁸⁸ Karl Ernst Wick (1891–1969), Dr. jur., schweiz. Politiker (christlich-sozial), Journalist, 1931–1963 Nationalrat.

⁸⁹ Der Spiegel Nr. 10/1957, «Er wäre gern wieder in die Schweiz gefahren, so Adenauer gegenüber einem Schweizer Journalisten im norditalienischen Cadenabbia, habe jedoch befürchtet, dass er dort lästig gefallen wäre, wenn er seine Amtsgeschäfte (weil die Umstände es mir aufdrängen) auch während des Urlaubs (in so großem Umfang) betrieben hätte. Adenauer hatte während seiner Urlaubsaufenthalte in Mürren (1955) u. in Ascona (1956) in der auf strikte Neutralität bedachten Schweiz Konferenzen mit Ministern u. Politikern veranstaltet. Diese politische Aktivität eines Ausländers hatte in der Schweizer Öffentlichkeit Kritik ausgelöst.»

Auffassung, dass zuerst eine leistungsfähige Wirtschaft geschaffen werden musste, die ein umfassendes Sozialprogramm tragen könne. Der Mittelstand sei die eigentlich tragende Schicht einer Demokratie, und es müsse ihm mehr als bisher geholfen werden. Vor allem auch die Förderung der geistigen Arbeit liege ihm sehr am Herzen. Auf diesem Gebiet sei die Bundesrepublik in einer bedauernswerten Weise rückständig. Es gäbe auf die Dauer keinen wirtschaftlichen Fortschritt, ohne dass die Wissenschaft auch gepflegt werde. Den jungen Leuten müsse geholfen werden, die heutzutage noch den Mut hätten, sich zur Wissenschaft zu bekennen. Dies gelte nicht nur für die technischen sondern auch für die geistigen Wissenschaften.

Mit der Opposition ging Adenauer scharf ins Gericht. Der Sozialdemokratie warf er eine nihilistische Politik vor. Die freien Demokraten, die vor kurzem zur Opposition übergangen, seien ausschliesslich vom Streben zur Macht um jeden Preis geleitet. Jedes Mittel sei ihnen dazu recht. Als tiefen Schmerz bezeichnete er die Tatsache, dass es nicht gelungen sei, eine gemeinsame Linie der Aussenpolitik zwischen den beiden grossen Parteien der CDU und der SPD herzustellen. Er sei davon überzeugt, dass die Sozialdemokratie die gleiche Politik treiben würde, wenn sie an der Macht wäre.

Adenauer bekräftigte seinen Standpunkt in der Aussenpolitik: Fester Zusammenschluss mit dem Westen und Politik der Starke gegenüber dem Osten zur Bewahrung der eigenen Freiheit. Die Auffassung der Sozialdemokratie, dass die Bundesrepublik bzw. das wiedervereinigte Deutschland eine eigene Stellung zwischen den beiden grossen Machtblöcken behaupten könnte, sei eine solche Utopie, dass man staunen müsse, dass dem deutschen Volk derartiges vorgesetzt werde. In diesem Zusammenhang gab er übrigens der Hoffnung Ausdruck, dass die Anwesenden öfters die aussenpolitischen Artikel der Neuen Zürcher Zeitung lesen. Dort finde man eine klare und objektive Würdigung der ganzen aussenpolitischen Lage der Welt.

Zur Wiedervereinigung wies er auf die Verpflichtung der vier Siegermächte hin, sie herbeizuführen. Auch Bulganin habe ihm gegenüber diese Verpflichtung während des Moskauer Besuches anerkannt. Die deutsche Sache der UNO zur Entscheidung zu unterbreiten, lehnte Adenauer ab. Er wies auch darauf hin, es sei bei dem Besuch der Sowjetführer in England eindeutig klar geworden, dass die Machthaber des Kreml nicht bereit seien, heute die Wiedervereinigung herbeizuführen. Es wäre für die Bundesrepublik zwecklos, im heutigen Zeitpunkt direkte Verhandlungen mit Moskau darüber anzuknüpfen. Chruschtschow habe zwar in London gesagt, er wäre bereit, mit der Bundesrepublik zu verhandeln, aber erst nach dem Abtreten Adenauers. Dazu führte der Bundeskanzler aus:

«Nun, meine Damen und Herren, mit dem Abtreten, das ist so eine Sache! ... Solange mir Gott die Frische und die Kraft lässt, hängt es von Ihnen ab, ob Herr Chruschtschow zum Ziele kommt oder nicht.»

Die Rede Adenauers klang aus mit einem Bedauern über die Schwächung der westlichen Front und einem Bekenntnis zur bisherigen Europapolitik. Durch ei-

nen einstimmigen Beschluss der Bundestagsfraktion CDU/CSU, für die allgemeine Wehrpflicht einzutreten, sei die Front des Westens gestärkt worden. Er endete mit den Worten: «Wir wollen auf aussenpolitischem Gebiet keine Experimente machen, weil diese Experimente das deutsche Volk von neuem in einen Abgrund stossen würden. Wir halten fest an einer Politik der europäischen Integration und an der atlantischen Politik.»

Bekämpfung des Kommunismus: Die zahlreichen weiteren Referate befassten sich zur Hauptsache mit der Bekämpfung des Kommunismus, mit der Sozialreform und mit den Rechenschaftsberichten der Partei. Interessant waren vor allem die Aussprachen, die allerdings durch die grosse Zahl von Delegierten beeinträchtigt waren.

Kontroverse über die Wiedervereinigung: Aufsehen erregte insbesondere ein dramatisches Redegefecht zwischen dem Bundeskanzler und dem Aussenminister auf der einen und dem Berliner Abgeordneten Dr. Friedensburg⁹⁰ auf der andern Seite. Der letztere verlangte eine aktivere Politik mit Russland, um die Wiedervereinigung zu fördern. Mit grosser Schärfe antworteten der Bundeskanzler und Bundesminister von Brentano, dass gegenwärtig kein Schritt oder gar Verhandlungen in Moskau in Frage kämen.

Wahl des Parteivorstands: Die Spannung am Parteitag erreichte ihren Höhepunkt bei der Abstimmung über eine Neufassung der Parteistatuten. Adenauer hatte nach stundenlangen Auseinandersetzungen im Parteiausschuss erreicht, dass nur zwei gleichberechtigte stellvertretende Parteivorsitzende neben ihm gewählt werden sollten. Die Versammlung der Delegierten jedoch stimmte mit 239 gegen 227 Stimmen einem Antrag der Delegierten Nordrhein-Westfalens auf vier gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende zu. Dies ist nach allgemeiner Auffassung die erste ernste Niederlage, die Adenauer in der Partei einzustecken hat. Mit Einstimmigkeit wurde er aber wieder zum Bundesparteivorsitzenden gewählt. Zu Stellvertretern wurden bestellt: Bundesminister Jakob Kaiser,⁹¹ der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein von Hassel,⁹² der frühere Ministerpräsident von

⁹⁰ Ferdinand Friedensburg * 17.11.1886 Schweidnitz/Schles., † 11.3.1972 Berlin; Dr. jur., Verwaltungsbeamter, vor 1933 Regierungspräsident, nach 1933 Forschungstätigkeit, 1945 CDU-Mitbegründer Berlin, 1946–1951 Zweiter Oberbürgermeister Berlin, 1952–1965 CDU-MdB.

⁹¹ Jakob Kaiser * 8.2.1888 Hammelburg/Unterfranken, † 7.5.1961 Berlin; Buchbinder, Christlicher Gewerkschafter, 1933 Zentrum-MdR, gehörte zum Verschwörerkreis des 20. Juli 1944 gegen Hitler, 1945 CDU-Mitbegründer sowjet. Besatzungszone, 1949–1957 CDU-MdB, 19.9.1949–22.10.1957 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen; neben Karl Arnold einer der wichtigsten Widersacher Adenauers, stand dessen Politik der Westintegration skeptisch gegenüber; siehe: Erich Kosthorst, Jakob Kaiser. Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen 1949–1957, Stuttgart u. a. 1972.

⁹² Kai-Uwe von Hassel * 21.4.1913 Gare/Tanganjika, † 8.5.1997 Aachen; Kaufmann, vor 1940 Kaufmann Ostafrika, 1940–1945 Kriegsdienst, 1950–1965 CDU-MdL Schleswig-Holstein, 11.10.1954–7.1.1963 schleswig-holsteinischer Ministerpräsident, 1953/54, 1965–1980 CDU-MdB, 1972–1976 Bundestagspräsident, 9.1.1963–30.11.1966 Bundesverteidigungsminister,

Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, und der Bundestagspräsident Gerstenmaier.⁹³

Beobachtungen: Am Parteitag nahmen zahlreiche ausländische Vertreter als Beobachter teil. Anwesend waren die diplomatischen Missionen der USA, Grossbritanniens, Frankreichs, Schwedens, Norwegens, Irlands, Indiens und andere. Mein Kollege Barazetti⁹⁴ wohnte dem Kongress bei und erhielt verschiedene interessante Eindrücke. Während des ganzen Kongresses war spürbar: Adenauer ist zwar unumschränkt als Führer der Partei anerkannt, er hat aber auch mehrere prominente Gegner⁹⁵ in den eigenen Reihen. Man vernahm mehrmals, dass die Zusammensetzung des Bundeskabinetts, das ausser den drei Ministern Brentano, Schäffer und Erhard eher farblose Persönlichkeiten aufweise, dem autokratischen Kanzler bei der Durchsetzung seiner Wünsche keine besonderen Schwierigkeiten bereite. Ähnlich hätte es sich wohl verhalten, wenn die oberste Parteispitze mit den zwei wenig starken Persönlichkeiten Jakob Kaiser und von Hassel besetzt worden wäre. Man befürchtet offenbar auch in der Partei, dass eine zunehmende Starrköpfigkeit ihn daran hindere, sich den innen- und aussenpolitischen Gegebenheiten anzupassen, ja diese überhaupt wahrzunehmen. Bei der erwähnten Kampfabstimmung handelte es sich denn auch darum, den ehemaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, in den Parteivorsitz zu wählen. Arnold ist bekanntlich eine sehr profilierte Persönlichkeit, der am linken Flügel der Partei steht und Adenauer bei der Durchsetzung von wichtigen Entscheidungen öfters entgeggetreten könnte.

Mehrfach wurde auch darauf hingewiesen, dass die neuen vier gleichberechtigten Stellvertreter alle einer Koalition mit der SPD nicht abgeneigt wären. Das Unbehagen über die Adenauersche Politik in der Partei soll zum guten Teil auf seine angebliche Missachtung der jungen Elemente in der CDU zurückzuführen

Nachfolger des durch die sog. «Spiegel-Affäre» belasteten Franz Josef Strauß, 1.12.1966–5.2.1969 Bundesvertriebenenminister; siehe: Mark Speich, Kai-Uwe von Hassel. Eine politische Biographie, Diss. Bonn 2001; Volker Koop, Kai-Uwe von Hassel. Eine politische Biographie, Köln u. a. 2007.

93 Eugen Gerstenmaier * 25.8.1906 Kirchheim/Teck, † 13.3.1986 Oberwinter b. Bonn; Dr. theol., evangelischer Theologe, vor 1933 Kirchendienst, nach 1933 wissenschaftliche Tätigkeit, Juli 1944, im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler, Verhaftung, Teilnehmer «Kreisauer Kreis» um James Graf von Moltke, Verurteilung zu siebenjähriger Zuchthausstrafe, 1945–1951 Mitbegründer u. Leiter «Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland» Stuttgart, 1949–1969 CDU-MdB, 1954–1969 Bundestagspräsident, 1956–1969 stellv. CDU-Vorsitzender, führender Repräsentant des evangelischen Flügels der CDU; prägte durch sein Auftreten das Amt des Bundestagspräsidenten, unterstützte die Politik Adenauers nachhaltig, namentlich in der Frage der Wiederbewaffnung, vertrat indessen wdh. unterschiedliche Ansichten hinsichtlich des einzuschlagenden Wegs der Wiedervereinigung; siehe: Eugen Gerstenmaier, Streit und Frieden hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt/M. u. a. 1981; Daniela Gniss, Der Politiker Eugen Gerstenmaier 1906–1986. Eine Biographie, Düsseldorf 2005.

94 Erich Barazetti (1921–2002), schweiz. Diplomat, 1955 Legationssekretär Gesandtschaft Köln, zuletzt Generalkonsul New York.

95 In dieser Weise geschrieben.

DOK. 24 • 12.5.1956

133

sein. Nach der Abstimmung wurde u. a. auch der Meinung Ausdruck gegeben, dass dieser Übelstand durch die neue Parteispitze behoben würde.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass dieser Bundeskongress der mächtigsten Partei eine imposante Demonstration der Einheit und Geschlossenheit darstellte, wie sie – wohl zum ersten Mal in der neueren deutschen Geschichte – in Überwindung der trennenden Unterschiede von Stand und Konfession in der Christlich-Demokratischen Union zustande gekommen ist. Trotz den in Erscheinung getretenen Divergenzen, die im gesamten gesehen sekundärer Natur sind, erscheint die Autorität und das Prestige des Parteivorsitzenden Konrad Adenauer als unerschüttert.